



22. Oktober 2025

Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes, OHG; SR 312.5

Bericht über das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens



Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	3
2	Vernehmlassungsverfahren.....	3
3	Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen.....	4
4	Allgemeine Bemerkungen zum Vorentwurf	4
	4.1 Kantone	4
	4.2 Parteien	5
	4.3 Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private.....	6
5	Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln	7
	5.1 Art. 1 Abs. 4.....	7
	5.2 Art. 8 Abs. 1.....	7
	5.3 Art. 8 Abs. 3.....	10
	5.4 Art. 14 Abs. 1 erster Satz.....	10
	5.5 Art. 14a Abs. 1.....	12
	5.6 Art. 14a Abs. 2.....	14
6	Weitere Bemerkungen zum Vorentwurf	16
	6.1 Gesetzesvorschläge	16
	6.1.1 Schutz- und Notunterkünfte.....	16
	6.1.2 Anzeigepflicht für das medizinische Personal.....	17
	6.1.3 Subsidiaritätsprinzip	17
	6.2 Weitere allgemeine Bemerkungen	18
7	Weitere Themen, die nicht im Vorentwurf enthalten sind	18
	7.1 Gesetzesvorschläge	18
	7.2 Bemerkungen zur Streichung der Finanzhilfen für die Ausbildung	19
8	Einsichtnahme	20
	Anhang / Annexe / Allegato.....	21

Zusammenfassung

Der Bundesrat hat am 09.10.2024 das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes (OHG)¹ eröffnet. Das Verfahren dauerte bis am 24.01.2025. Es sind 90 Rückmeldungen eingegangen. Es haben sich 26 Kantone, 6 Parteien, der Dachverband der Gemeinden, 2 Dachverbände der Wirtschaft, 53 interessierte Organisationen, sowie 2 Privatpersonen geäußert. Mit Ausnahme einer Privatperson, welche sich nicht dazu geäußert hat, und 3 Teilnehmenden, die explizit auf eine Stellungnahme verzichtet haben, unterstützen alle eingegangenen Stellungnahmen den Vorentwurf in seinen Grundzügen. Es wurden zu allen Artikeln Änderungsvorschläge oder Zusatzanmerkungen gemacht und die Aufnahme weiterer Themen in die Revision gewünscht.

1 Allgemeines

Die Vernehmlassungsvorlage geht auf die Motionen 22.3234 Carobbio Guscetti, 22.333 Funiello und 22.3334 de Quattro zurück, welche den Bundesrat auffordern, die gesetzlichen Grundlagen für die Einrichtung von Krisenzentren für die Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt zu schaffen. Die Teilrevision des Opferhilfegesetzes soll sicherstellen, dass die Opfer Zugang zu spezialisierten und qualitativ hochwertigen medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen erhalten.

Die Vernehmlassungsvorlage konkretisiert den Begriff der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe und klärt die Frage der Finanzierung der rechtsmedizinischen Hilfe, welche zu einer Leistung der Opferhilfe wird. Durch die Stärkung dieser Art der Hilfe soll die Revision insbesondere die Beweiserhebung und die Möglichkeit zur Verwertung von Beweisen in allfälligen Straf-, Zivil- oder Verwaltungsverfahren verbessern, was sich positiv auf die Anzeigquote und die Anzahl strafrechtlicher Verurteilungen auswirken könnte. Ausserdem wird der Grundsatz gesetzlich verankert, dass der Anspruch auf Opferhilfe unabhängig von einer Strafanzeige des Opfers besteht.

Ferner haben die Kantone dafür zu sorgen, dass sich die Opfer an eine spezialisierte Stelle wenden können, welche gewisse Qualitätskriterien erfüllen muss. Die Vernehmlassungsvorlage sieht ausserdem einen Informations- und Sensibilisierungsauftrag bezüglich der Opferhilfe für die Kantone vor.

2 Vernehmlassungsverfahren

Das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes dauerte vom 09.10.2024 bis zum 24.01.2025. Zur Teilnahme eingeladen wurden die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete und der Wirtschaft sowie weitere interessierte Organisationen.

An der Vernehmlassung teilgenommen haben 26 Kantone, 6 politische Parteien und 58 weitere Teilnehmende (3 Dachverbände, 53 interessierte Organisationen und 2 Private). Insgesamt gingen damit 90 Rückmeldungen ein.

¹ SR 312.5

3 Organisationen und gesamtschweizerische Dachverbände² haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet. Von den verbleibenden 87 Teilnehmenden stimmen 86 der Vorlage zu, wobei alle gewisse Änderungsvorschläge oder Zusatzforderungen anbringen. Eine Privatperson hat keine Haltung zum Vorentwurf geäußert. Die Stellungnahmen von 33 Organisationen sind in grossen Teilen identisch, sie sind entstanden im Austausch mit dem Netzwerk Istanbul Konvention. Negative Stellungnahmen, welche die Revision ablehnen, sind nicht eingegangen.

3 Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen

Eine Liste der Kantone, Parteien, Dachverbände, interessierten Organisationen und Privatpersonen, die geantwortet haben, findet sich im Anhang. Der vorliegende Bericht fasst die eingegangenen Stellungnahmen zusammen. Für detaillierte Begründungen wird auf die Originalstellungnahme verwiesen.³

4 Allgemeine Bemerkungen zum Vorentwurf

4.1 Kantone

Alle Kantone unterstützen den Vorentwurf grundsätzlich.

19 Kantone⁴ betonen, dass sie die Teilrevision als wichtige, zielführende Massnahme zur Verbesserung des Opferschutzes erachten. 14 Kantone⁵ halten sie für einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

9 Kantone⁶ weisen auf bereits bestehende Massnahmen oder Angebote in ihrem Kanton hin, welche die neu vorgesehenen Pflichten bereits zumindest teilweise erfüllen.

14 Kantone⁷ weisen darauf hin, dass die Revision zu zusätzlichen personellen und finanziellen Aufwänden für die Kantone führen wird. Sie begründen dies einerseits mit dem Leistungsausbau in Kantonen, welche aktuell kein System für (rechts)medizinische Versorgung haben, und andererseits mit der in den letzten Jahren gestiegenen Anzahl Beratungsanfragen zur medizinischen Hilfe, dem zu erwartenden Zuwachs der Anfragen durch die bessere Bekanntmachung sowie den Ressourcen für ebendiese Bekanntmachung.⁸ 10 Kantone⁹ beantragen entsprechende Anpassungen beziehungsweise Präzisierungen im erläuternden Bericht.

10 Kantone¹⁰ bemängeln Unklarheiten bei der Finanzierung der Leistungen, insbesondere der rechtsmedizinischen Hilfe. **AR** und **TI** fordern eine einheitliche Umsetzung. **TI** sowie die Kantone **AI, AR, FR, OW, SZ** und **UR** verweisen auf die Stellungnahme der **SODK** und bitten die Schweizerische Opferhilfekonferenz (SVK-OHG), die Erarbeitung von Empfehlungen zur

² KKJPD, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizerischer Gemeindeverband

³ [www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2024 > EJPD > Vernehmlassung 2024/38, https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2024/38/cons_1](https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2024/38/cons_1)

⁴ AR, AI, BE, BL, BS, FR, GE, GR, JU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TI, UR, ZG, ZH

⁵ AR, AI, BL, BS, FR, JU, NE, NW, OW, UR, SZ, TI, ZG, ZH

⁶ AG, BS, FR, GE, GR, NE, SG, VD, VS

⁷ AI, AR, BE, BL, FR, JU, NE, NW, OW, SZ, TI, VD, ZG, ZH

⁸ AI, AR, BE, BL, FR, JU, NE, OW, TI, SZ, UR, ZG, ZH

⁹ AG, AI, AR, BE, FR, LU, NE, OW, SZ, ZG

¹⁰ AI, AR, BE, FR, GR, LU, OW, SZ, TI, UR

Kostenübernahme für die rechtsmedizinische Hilfe zu prüfen. **LU** fordert Klärungen, damit die Spitäler keine ungedeckten Kosten riskieren.

7 Kantone (**AI, AR, FR, GL, OW, SZ** und **UR**) wollen die Subsidiarität der Opferhilfe explizit beibehalten. Rechtsmedizinische Kosten sollen demnach nur übernommen werden, wenn sie nicht durch Sozialversicherungen oder Strafverfolgungsbehörden gedeckt werden.

Durch allgemeinen Verweis auf die Stellungnahme der **SODK** halten die Kantone **AI, AR, FR, OW, SZ** und **UR** fest, dass die angestrebte einheitliche Regelung aufgrund des Geltungsbereichs des OHG weiterhin nicht alle Fälle erfasst (insbesondere, wenn das Opfer nicht in der Schweiz wohnhaft war und die Straftat im Ausland begangen wurde). Auch **TI** weist darauf hin, dass nicht in den Geltungsbereich des OHG fallende Personen weiterhin keine Unterstützung durch die Opferhilfe erhalten. Nach Ansicht dieses Kantons braucht es auch für diese Fälle eine Lösung.

4.2 Parteien

Sämtliche politischen Parteien (die **Mitte**, die **EVP**, die **FDP**, die **SP**, die **SVP** und die **GRÜNEN**) befürworten den Ausbau der medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen für die Opfer von Gewalt und unterstützen den Vorentwurf.

Laut der **Mitte**, der **EVP** und den **GRÜNEN** erleichtert die vorliegende Revision den Opfern den Zugang zu einer unmittelbaren und spezialisierten Versorgung. Für die **Mitte** ist auch die Stärkung der Sichtbarkeit der Opferhilfe begrüssenswert. Laut der **SP** und den **GRÜNEN** dienen die vorgesehenen Anpassungen der Umsetzung der Istanbul-Konvention, auch wenn diese aus Sicht der **SP** nicht weit genug gehen. Die Tatsache, dass das Opfer unabhängig von einer Strafanzeige eine rechtsmedizinische Dokumentation erstellen lassen kann, erhöht laut der **EVP** und der **SVP** die Möglichkeit, die Täter und Täterinnen zur Rechenschaft zu ziehen. Die **SVP** ist insgesamt der Ansicht, dass der Fokus stärker auf die Verurteilung und die Ausschaffung der Täter und Täterinnen gelegt werden sollte.

Die **SP** begrüsst die Festlegung von nationalen Minimalstandards. Für sie ist jedoch wichtig, dass die Kantone spezialisierte Anlaufstellen bereitstellen, die jederzeit und kostenlos zur Verfügung stehen. In jedem Kanton brauche es rund um die Uhr geöffnete Krisenzentren mit spezialisiertem Fachpersonal. Laut der **SP** sollten auch Personen, die im Ausland Opfer von Gewalttaten wurden, Zugang zu Unterstützungsleistungen erhalten, selbst wenn sie zum Zeitpunkt der Tat nicht in der Schweiz wohnhaft waren.

Die **SVP** begrüsst, dass den Kantonen ein gewisser Freiraum zugestanden wird. Für die **FDP** sind die Wahrung der Verhältnismässigkeit sowie der Schutz der Personendaten von Opfern und Tätern bzw. Täterinnen ein zentrales Anliegen. Die Kantone sollen die Umsetzung flexibel gestalten und dabei ihre Autonomie wahren können. Die **Mitte** weist darauf hin, dass die anfallenden Mehrkosten für die Kantone verhältnismässig bleiben müssen.

4.3 Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Alle Organisationen und eine Privatperson¹¹ begrüßen die Vorlage. Ein Grossteil von ihnen¹² erachtet die vorgesehenen Massnahmen explizit als zielführend zur Verbesserung des Opferschutzes und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Sie haben jedoch verschiedene Anmerkungen, wie gewaltbetroffene Personen noch besser geschützt werden könnten.

Die **SODK** weist darauf hin, dass die angestrebte einheitliche Regelung aufgrund des Geltungsbereichs des OHG weiterhin nicht auf alle Fälle zutrifft.

Die **SODK** äussert zwar Verständnis für die Schwierigkeiten bei der Abschätzung der Kosten für die Kantone. Sie legt jedoch dar, weshalb ihres Erachtens für alle Kantone zusätzliche personelle und finanzielle Aufwände anfallen. Auch die **SKG** geht davon aus, dass die Kosten der Soforthilfe zunehmen werden, sobald die gerichtsmedizinischen Betreuungsangebote besser bekannt sind.

Zahlreiche Organisationen¹³ betonen die Notwendigkeit, bei der bei der Umsetzung der Revision einen intersektionalen Ansatz zu verfolgen. Viele¹⁴ wünschen eine nationale Koordination bei der Umsetzung und eine Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen. Überdies seien *best practices* auf Kantonsebene zu berücksichtigen.

Mehrere Organisationen¹⁵ betonen die Bedeutung des Zugangs zu den in der Revision vorgesehenen Leistungen für alle Menschen und die Berücksichtigung der Diversität der Opfer. Die Leistungen sollen für alle marginalisierten und besonders diskriminierungs- und gewaltgefährdeten Personen zur Verfügung stehen.¹⁶ Genannt werden insbesondere LGBTIQ-Personen (**LOS** und **Pink Cross**), Menschen mit Behinderungen (**insieme** und **SZBLIND**), Menschen jeden Alters (**insieme**, **post Beijing** und **SZBLIND**), Kinder (**Solidarité femmes Neuchâtel** und **SVF-ADF**), Frauen in Asylzentren (**Frauenhaus beider Basel**), des weiteren alle Personen, unabhängig ihres Geschlechts (**insieme** und **post Beijing**), ihrer Herkunft (**insieme**), ihrer Sprache (**insieme** und **SZBLIND**), ihres Aufenthaltsstatus (**post Beijing**) oder ihrer sozio-ökonomischen Situation (**post Beijing**). Dies solle auch für Personen gelten, auf welche mehrere dieser Merkmale zutreffen (**insieme**).¹⁷ Für all diese Personen könne gemäss **insieme** und **Pink Cross** der Zugang zur Opferhilfe besonders schwierig sein.

¹¹ Hofner Marie-Claude

¹² alliance F, Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, EKF, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frauen-Nottelefon Winterthur, Frieda, Hofner Marie-Claude, IAMANEH, IKAGO, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, SGCH, SKF, SODK, Solidarité femmes Biel/Bienne, SVF-ADF, Unterschulpf, VASOS.

¹³ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, LOS, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, SGCH, SKF, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschulpf.

¹⁴ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, LOS, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, SGCH, SKF, Solidarité femmes Biel/Bienne, Unterschulpf.

¹⁵ insieme, LOS, Pink Cross, post Beijing, SZBLIND

¹⁶ insieme, LOS, Pink Cross

¹⁷ Genauere Ausführungen unter Ziff. 5.2 zu Art. 8 Abs. 1 und Ziff. 5.6 zu Art. 14a Abs. 2 OHG.

5 Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

5.1 Art. 1 Abs. 4

Alle Kantone¹⁸, Parteien¹⁹ und Organisationen²⁰, welche sich zu Artikel 1 Absatz 4 OHG ge-
äussert haben, begrüssen dessen Aufnahme ins Gesetz ausdrücklich. Insbesondere in Zu-
sammenhang mit der rechtsmedizinischen Hilfe befürworten die Kantone **AG, FR** und **NW**,
ein Grossteil der Parteien²¹ sowie zahlreiche Organisationen²², dass sich das Opfer zu einem
späteren Zeitpunkt entscheiden kann, ob es Strafanzeige erstatten möchte.

Kantone

Gemäss **NW** darf die Revision nicht dazu führen, dass die Beweisanforderungen für die Er-
bringung von Leistungen, namentlich die Entschädigung und die Genugtuung, gesenkt wer-
den.

Parteien

Die **GRÜNEN** begrüssen, dass sich durch die Regelung für Personen ohne geregelten Auf-
enthaltsstatus der Zugang zur Opferhilfe verbessern könnte.

Da explizit keine Strafanzeige mehr nötig ist, um Leistungen der Opferhilfe zu erhalten, ver-
langt die **SVP** Vorkehrungen gegen Missbrauch. Dies soll verhindern, dass Personen Leistun-
gen erhalten, welche vorsätzlich ihre Opfereigenschaft vortäuschen.

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Gemäss **Franxini – Reatch** sollten aufgrund der Änderung die Beweisanforderungen insbe-
sondere bei der Zusprechung von längerfristiger Hilfe, Entschädigungen und Genugtuungen
sinken. Die Behörden könnten dem Opfer nicht mehr vorhalten, dass es durch Nichteinrei-
chen einer Strafanzeige den rechtsgenügenden Nachweis der Straftat vereitelt habe. Ansons-
ten bestehe indirekt weiterhin eine Pflicht zur Einreichung einer Strafanzeige.

5.2 Art. 8 Abs. 1

Kantone

Die Kantone begrüssen die Aufnahme des Informations- und Sensibilisierungsauftrags, wobei
24²³ eine Ausweitung des Auftrags auf den Bund verlangen. 19 von ihnen²⁴ schlagen den

¹⁸ AG, AI, AR, BS, FR, GL, GE, GR, LU, NE, NW, OW, SO, SZ, TI, UR, VD, VS

¹⁹ EVP, GRÜNE, SP

²⁰ alliance F, AnthroSocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, AvenirSocial, BIF, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, EKF, EKKJ, FEG, femmes protestantes, FIZ, Franxini – Reatch, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frauen-Notteltelefon Winterthur, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, LOS, Netzwerk gegen Mädchenbeschnei-
dung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, SGB, SGCH, SKF, SKHG, SODK, Solidarité femmes Biel/Bienne, Solidarité femmes Neuchâtel, SVF-ADF, SZBLIND, Unterschlupf

²¹ FDP, GRÜNE, SP, SVP

²² alliance F, AnthroSocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, AvenirSocial, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, EKF, EKKJ, FEG, femmes protestantes, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Ba-
sel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, LibElle, LOS, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, SGB, SGCH, SKF, SKHG, Solidarité femmes Biel/Bienne, Solidarité femmes Neuchâtel, SVF-ADF, SZBLIND, Unterschlupf

²³ AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, ZG, ZH

²⁴ AG, AI, AR, BL, BS, FR, GL, GR, JU, LU, NE, OW, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, ZH

Wortlaut «*Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.*» vor, 13²⁵ zudem eine Ergänzung im 5. Kapitel des OHG (finanzielle Leistungen und Abgeltungen des Bundes). **ZG** fordert, dass die Beteiligung des Bundes auch im erläuternden Bericht unter Ziffer 5.1 ausgeführt wird.

GL hebt die Differenzierung zwischen den beiden Begriffen «Bekanntmachen» (Öffentlichkeitsarbeit) und «Informieren» (individuelle Information) hervor und ist der Ansicht, dass beides erwähnt werden sollte. **GL** befürchtet, dass die individuelle Unterstützung des Opfers durch die aktuelle Änderung trotz Informationspflicht in der Strafprozessordnung (StPO)²⁶ und im Militärstrafprozess (MStP)²⁷ beeinträchtigt werden könnte, und empfiehlt deshalb die Ergänzung «*Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt und informieren die Opfer über das Angebot der Opferhilfe.*» **FR** hält es ebenfalls für essenziell, dass sowohl Individuen als auch die Öffentlichkeit informiert werden. **BS** und **TI** heben hervor, dass die breite Öffentlichkeit erreicht werden muss. Gemäss **BS** setzt dies voraus, dass alle relevanten Berufsgruppen, insbesondere im Gesundheitsbereich, involviert werden. Gemäss **TI** müssen demnach die Informationen für alle Menschen rechtzeitig, klar und zugänglich zur Verfügung stehen.

AI beantragt zudem die Definition eines Leistungskatalogs und eines Kostenverteilers durch Bund und Kantone gemeinsam.

Parteien

Die Parteien, welche sich explizit zum Artikel 8 OHG äussern, begrüssen die vorgesehene Änderung.²⁸

Die **SP** betont, dass es leicht zugängliche und verständliche Sensibilisierungs- und Informationskampagnen sowohl für die Betroffenen als auch für die breite Öffentlichkeit braucht. Diese seien in verschiedenen Sprachen und sowohl digital als auch analog zur Verfügung zu stellen.

Die **GRÜNEN** fordern, dass die Bestimmung in den Kantonen grosszügig verstanden und durch umfangreiche Kampagnen umgesetzt wird.

Die **SVP** fordert genügend Flexibilität für die Kantone in Bezug auf den Grad der Information und sieht den Fokus darin, dass direkt Betroffene über ihre Rechte informiert werden.

²⁵ AG, AR, BS, FR, JU, LU, NW, OW, SH, SZ, TI, UR, VD

²⁶ SR 312.0

²⁷ SR 322.1

²⁸ EVP, GRÜNE, SP, SVP

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Die Aufnahme der Pflicht zur Bekanntmachung der Opferhilfe wird durchgehend begrüsst.²⁹ Viele Organisationen³⁰ erklären zudem explizit ihr Einverständnis mit der Streichung der aktuellen Fassung.

Ein Grossteil der Organisationen³¹ verlangt eine Ausweitung des Informations- und Sensibilisierungsauftrags auf den Bund. Sie fordern deshalb die Formulierung «*Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.*» Die meisten dieser Organisationen wünschen eine entsprechende Anpassung im 5. Kapitel des OHG.³²

Alliance F, EFK und femmes protestantes stellen klar, dass unter Bekanntmachung ihres Erachtens einerseits Sensibilisierungs- und Informationsmassnahmen für Betroffene und andererseits für die Öffentlichkeit fallen. **FIZ** empfiehlt die Formulierung «*Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe gezielt und einer breiten Öffentlichkeit bekannt.*»

Zahlreiche Organisationen betonen, dass die Sensibilisierungs- und Informationskampagnen leicht zugänglich und verständlich sowie zielgruppenspezifisch sein müssen. Genannt werden Menschen mit spezifischen Kommunikationsbedürfnissen wie Menschen mit Behinderungen³³, Personen, die keine der Landessprachen beherrschen (**alliance F, FIZ und SKG**) oder nicht lesen können (**SKG**), LGBTIQ-Personen (**Pink Cross**), migrantische Personen, insbesondere besonders gefährdete Personengruppen wie Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter (**FIZ**) sowie generell marginalisierte und besonders gewaltgefährdete Personen (**LOS und Pink Cross**). **LOS und Pink Cross** schlagen deshalb folgenden Artikel 8 Absatz 1 vor: «Die Kantone machen die Opferhilfe bekannt. *Dabei legen sie einen Fokus auf gesellschaftlich marginalisierte und besonders von Gewalt betroffene Personengruppen.*» **FIZ** schlägt einen zweiten Satz vor: «*Sie berücksichtigen dabei migrantische und besonders stigmatisierte Personengruppen.*»

Franxini – Reatch hält es für wichtig, dass weibliche Personen die Hauptzielgruppe bilden, sieht jedoch gleichzeitig die Gefahr, dass dadurch Personen marginalisiert werden, welche sich nicht als weiblich definieren.

Die **VASOS** erachtet gleichwertige analoge und digitale Informationen als besonders wichtig für die ältere Bevölkerung. Sie schlägt folgende Formulierung vor: «Die Kantone machen die

²⁹ alliance F, Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, AvenirSocial, BIF, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, EKF, EKKJ, FEG, femmes protestantes, FIZ, Franxini – Reatch, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frauen-Nottelefon Winterthur, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, LOS, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, Pink Cross, post Beijing, Puntzero, SGB, SGCH, SKF, SKG, SKHG, Solidarité femmes Biel/Bienne, Solidarité femmes Neuchâtel, SVF-ADF, SZBLIND, Unterschlupf

³⁰ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, BIF, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, femmes protestantes, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frauen-Nottelefon Winterthur, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntzero, SGCH, SKF, SKHG, SODK, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschlupf

³¹ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, BIF, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frauen-Nottelefon Winterthur, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntzero, SGCH, SKF, SKHG, SODK, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschlupf

³² Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, DAO, DJS, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, Puntzero, SKF, SODK, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschlupf

³³ Anthrosocial, ARTISET, femmes protestantes, insieme, SZBLIND

Opferhilfe *nicht nur digital sondern auch papiergebunden und analog in Medien wie der Presse, Radio und TV bekannt.»*

SZBLIND würde es begrüssen, wenn der Bund bei der Erarbeitung von geeignetem, barrierefreiem und leicht zugänglichem Material Verantwortung übernehmen würde (für Menschen mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche, betagte und fremdsprachige Menschen).

AvenirSocial und die **EKKJ** weisen darauf hin, dass es für die Umsetzung ausreichend finanzielle Mittel braucht. **Frauen-Notttelefon Winterthur, BIF** und **Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH** heben hervor, dass es sich bei der Bekanntmachung der medizinischen und rechtsmedizinischen Betreuungsangebote ihres Erachtens nicht um direkte Angebote der Opferhilfe handelt. Sie halten es für unabdingbar, dass in diesem Zusammenhang auch die Schutz- und Notunterkünfte erwähnt werden. Sie schlagen deshalb den zusätzlichen Satz *«Die Bekanntmachung beinhaltet auch Angebote, welche mit der Opferhilfe in engem Zusammenhang stehen wie Schutzunterkünfte, medizinische und rechtsmedizinischen Angebote.»* vor.

5.3 Art. 8 Abs. 3

Der Kanton **GL** fordert eine Anpassung der Verweise in Artikel 8 Absatz 3 auf den von ihm vorgeschlagenen Wortlaut von Artikel 8 Absatz 1.

5.4 Art. 14 Abs. 1 erster Satz

Kantone

4 Kantone (**BS, GL, SO** und **TI**) begrüssen ausdrücklich, dass der Leistungskatalog der Opferhilfe nun auch die rechtsmedizinische Hilfe umfasst. **BS** betont, dass damit auch die Finanzierungsfrage geklärt ist. Für **TI** handelt es sich um einen zentralen Aspekt für ein künftiges Strafverfahren.

BE möchte die Klarstellung im erläuternden Bericht, dass rechtsmedizinische Hilfe sowohl als Soforthilfe als auch als längerfristige Hilfe gewährt werden kann. Laut **SH** ist zu klären, inwiefern die Kosten für die rechtsmedizinische Hilfe ausschliesslich unter die Soforthilfe oder auch unter die längerfristige Hilfe oder sogar die Entschädigung fallen, denn dies wirke sich auf die Kostenbeteiligung des Opfers aus. Ausserdem solle die Ausnahmeregelung zum Subsidiaritätsprinzip nach Artikel 4 Absatz 2 OHG geprüft werden, da diese nicht auf die Soforthilfe anwendbar ist. **SH** schlägt daher vor, diese Ausnahmeregelung von Artikel 4 Absatz 2 OHG in Artikel 4 Absatz 1 OHG zu verschieben.

Laut **ZG** ist die Unterscheidung zwischen der medizinischen und der rechtsmedizinischen Hilfe unklar. Die Bezeichnung «rechtsmedizinische Hilfe» sollte allenfalls durch «forensisch-klinische Hilfe» oder «forensische Hilfe» ersetzt werden.

Parteien

Die **EVP**, die **FDP**, die **SP** und die **GRÜNEN** begrüssen ausdrücklich, dass der Leistungskatalog der Opferhilfe um die rechtsmedizinische Hilfe ergänzt werden soll. Gemäss der **SP** erhalten die Opfer dadurch die Möglichkeit, auch später noch zu entscheiden, ob sie die Straftat anzeigen wollen. Die **GRÜNEN** teilen diese Ansicht und sind ausserdem der Auffassung, dass damit der Zugang der Opfer zu speziell ausgebildeten Fachpersonen gewährleistet ist.

Nach Ansicht der **GRÜNEN** wird mit der Änderung von Artikel 14 Absatz 1 OHG eine schweizweit einheitliche Finanzierung der Leistungen sichergestellt. Die **FDP** fordert hingegen, dass die Finanzierungsfrage klar geregelt wird, um Unsicherheiten für die Kantone zu vermeiden. Auch die Übergangsregelungen für bereits abgeschlossene Verfahren müssten eindeutig definiert werden. Hinsichtlich der Kostenübernahme ist es für die **SP** wichtig, die bürokratischen Hürden so gering wie möglich zu halten.

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Die Mehrheit der Organisationen³⁴ und eine Privatperson³⁵ begrüssen, dass der Leistungskatalog der Opferhilfe um die rechtsmedizinische Hilfe ergänzt wurde. Mit dieser Änderung wird aus Sicht von **alliance F**, **AvenirSocial**, **EFK** sowie **femmes protestantes** auch die Finanzierung geklärt. Laut **alliance F** und **femmes protestantes** wird dadurch zudem ein schweizweit einheitlicher Rechtsrahmen festgelegt.

Frauen-Nottelefon Winterthur, BIF und **Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH** begrüssen, dass der Begriff «rechtsmedizinische Hilfe» verwendet wird und nicht nur von «Krisenzentren» gesprochen wird. Es wurden bereits erste gute Erfahrungen mit flexiblen und niederschweligen Systemen wie dem im Kanton ZH aufgebauten Dienst von «Forensic Nurses» gemacht.

Frauen-Nottelefon Winterthur und **Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH** würden eine gemischte Finanzierung wie im Kanton ZH bevorzugen.³⁶ Sollte dies nicht möglich sein, schlagen sie für Artikel 13 Absatz 1 OHG folgende Ergänzung vor: «*Die Beratungsstellen verfügen über eine der Leistung angemessene Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Höhe der Soforthilfe.*» Dies würde es den Beratungsstellen für Opferhilfe ermöglichen, die rechtsmedizinische Hilfe selbständig zu finanzieren.³⁷ **BIF** findet, dass die Empfehlungen der SVK-OHG und infolgedessen auch die Kompetenzen der Beratungsstellen für die Ausrichtung der Soforthilfe entsprechend angepasst werden müssen.

Nach Ansicht einer Mehrheit der Organisationen³⁸ besteht durch das Subsidiaritätsprinzip weiterhin das Risiko, dass die gewaltausübende Person die Rechnung für die beanspruchten Leistungen entdeckt. Hier brauche es also dringend weitere Verbesserungen. Nach Ansicht der **SKG** braucht es Lösungen, die verhindern, dass die Sozialversicherungen zusätzliche Abklärungen vornehmen, die für die Gewaltopfer schwerwiegende Folgen haben können. **AvenirSocial** und dem **SGB** ist es ein Anliegen, dass die bürokratischen Hürden so gering wie möglich gehalten werden.

³⁴ alliance F, Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, BIF, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, EKF, FEG, femmes protestantes, FIZ, Franxini – Reatch, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frauen-Nottelefon Winterthur, Frieda, IAMANEH, IKAGO, insieme, LibElle, LOS, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SGB, SKF, SKG, SKHG, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschluß

³⁵ Hofner Marie-Claude

³⁶ Im Kanton Zürich wird die Finanzierung nicht allein über die Beratungsstellen und die Soforthilfe gewährleistet, sondern auch von der Gesundheitsdirektion.

³⁷ Im Kanton Zürich, beispielsweise, verfügen die Beratungsstellen über einen Soforthilfebetrag von bis zu 1000 Franken pro Person. Für weitere Kosten, die über diesem Betrag liegen, muss ein Gesuch an die Kantonale Opferhilfebehörde gerichtet werden.

³⁸ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschluß

Laut **H+** soll der Staat gewährleisten, dass die Spitäler für diese medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen eine vollumfänglich kostendeckende Vergütung erhalten und somit all-fällige unbezahlte Anteile nicht selbst übernehmen müssen.

5.5 Art. 14a Abs. 1

Kantone

BL und **TI** begrüßen die Konkretisierung der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe ausdrücklich. **TI** hätte sich dies jedoch auch für die weiteren Leistungen gewünscht.

Für 15 Kantone³⁹ sollte der Leistungskatalog abschliessend definiert werden. Besonders der Ausdruck «insbesondere» soll ihnen zufolge gestrichen werden. Laut **GL** ist aus legistischer Sicht fraglich, ob die rechtsmedizinischen Leistungen derart konkret geregelt werden müssen. Dies verleihe ihnen im Vergleich zu den übrigen Leistungen ein scheinbar grosses Gewicht. **TI** hingegen begrüsst es, dass der Leistungskatalog nicht abschliessend ist, wodurch auch Einzelfälle berücksichtigt werden können.

Aus Sicht von 14 Kantonen⁴⁰ sei zu ergänzen, dass der Leistungskatalog die für das Opfer notwendigen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen umfasst. Namentlich soll der Begriff «erforderlichen» unter Buchstabe a eingefügt werden. **GL** weist darauf hin, dass bei der Prüfung der Kostenübernahme, wie bei sämtlichen Leistungen der Opferhilfe, Überlegungen zur Notwendigkeit und Zweckmässigkeit entscheidend sein würden.

LU hält fest, dass die Untersuchung und Behandlung nicht zwingend durch eine Fachärztin oder einen Facharzt erfolgen muss, sondern auch durch speziell ausgebildete Pflegefachpersonen (sogenannte «Forensic Nurses») ausgeführt werden kann. Laut **GL** sollten die Anforderungen mit Rücksicht auf die Kostenentwicklung im Gesundheitssystem festgelegt werden. Denkbar wäre auch für diesen Kanton eine Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen oder mit ambulanten Fachpersonen («Forensic Nurses»).

Die Aufbewahrung der rechtsmedizinischen Dokumentation und der Spuren wirft für **GL** verschiedene Umsetzungsfragen auf. Laut **NW** wird diese Leistung zusätzliche Aufwände nach sich ziehen. **AG** und **BS** sprechen sich dafür aus, dass eine Mindestdauer für die Aufbewahrung der Dokumentation im Gesetz (laut **BS** allenfalls auf Verordnungsstufe) festgelegt wird.⁴¹ Laut **GE** sollte das Thema in der Botschaft des Bundesrates näher erläutert werden; die Dokumentation und die Spuren sollten mindestens so lange aufbewahrt werden, wie eine Straftat noch nicht verjährt ist, beziehungsweise mindestens 15 Jahre bei schweren Sexualstraftaten.

Parteien

Für die **SP** ist es wichtig, dass die Kantone angemessene Fristen für die Aufbewahrung der rechtsmedizinischen Dokumentation und der Spuren vorsehen, um dem Opfer genügend Zeit für eine mögliche Anzeige der erlittenen Straftat zu geben.

³⁹ AI, AR, BS, FR, JU, LU, OW, NW, SO, SZ, SW, TG, UR, VD, ZG

⁴⁰ AG, AI, AR, FR, JU, LU, OW, NW, SO, SZ, TG, UR, VD, ZG

⁴¹ AG schlägt folgende Formulierung vor: «c. die Aufbewahrung der Dokumentation und der Spuren, die sich nach den strafrechtlichen Verfolgungsverjährungsfristen richtet.»; BS schlägt folgende Formulierung vor: «c. die Aufbewahrung der Dokumentation und der Spuren. Die Aufbewahrungsfrist beträgt mindestens 5 Jahre und kann auf weitere 5 Jahre verlängert werden.»

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Die Mehrheit der Organisationen⁴² begrüsst die Konkretisierung der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe. Für die meisten⁴³ ist es wichtig zu betonen, dass die rechtsmedizinische Dokumentation von Verletzungen und Spuren sowie deren Aufbewahrung so zu gestalten ist, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen eines Strafverfahrens verwendet werden kann. Es sei deshalb zentral, Prozesse festzulegen, welche dies garantieren.

Die Mehrheit der Organisationen⁴⁴ begrüsst es ausserdem, dass der Leistungskatalog nicht abschliessend ist. Nach Ansicht der **SODK** hingegen sollte der Leistungskatalog abschliessend definiert werden, damit alle relevanten Leistungen berücksichtigt sind. Der Vorentwurf weise bereits einen genügend hohen Abstraktionsgrad auf. Sie schlägt daher vor, den Begriff «insbesondere» zu streichen.

Aus Sicht der meisten Organisationen⁴⁵ sollte ergänzt werden, dass der Leistungskatalog die für das Opfer notwendigen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen umfasst. Dadurch würde deutlich gemacht, dass sich der Umfang der erbrachten Leistungen an der im konkreten Fall gegebenen Notwendigkeit orientiert und nicht aufgrund von Kostenüberlegungen eingeschränkt wird. Buchstabe a sei demnach folgendermassen anzupassen: «die *erforderlichen* fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen».

Für die Mehrheit der Organisationen⁴⁶ wäre es wünschenswert, dass im Gesetz eine Mindestdauer für die Aufbewahrung der rechtsmedizinischen Dokumentation und der Spuren festgelegt wird. Die meisten⁴⁷ befürworten eine Aufbewahrungsfrist von 15 Jahren; andere Teilnehmende⁴⁸ schlagen vor, sich an den Verjährungsfristen für Straftaten oder an der für

⁴² Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, AvenirSocial, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, EKKJ, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, IKAGO, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntzero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, SKG, SKHG, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschupf

⁴³ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntzero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschupf

⁴⁴ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, BIF, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, Frauen für den Frieden Schweiz, FIZ, Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frauen-Nottelefon Winterthur, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, LOS, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntzero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschupf

⁴⁵ Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, Frauen für den Frieden Schweiz, FIZ, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntzero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, SODK, Solidarité femmes Biel/Bienne, Unterschupf

⁴⁶ Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, Frauen für den Frieden Schweiz, FIZ, Franxini – Reatch, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, IKAGO, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntzero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, SKG, Solidarité femmes Biel/Bienne, Unterschupf, VASOS

⁴⁷ Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, Frauen für den Frieden Schweiz, FIZ, Franxini – Reatch, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, SKF, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntzero, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKG, Solidarité femmes Biel/Bienne, Unterschupf

⁴⁸ Laut der VASOS sei Bst. c folgendermassen anzupassen: «c. die Aufbewahrung der Dokumentation und der Spuren *während mindestens drei Jahren.*», laut der IKAGO wie folgt: «c. die Aufbewahrung der Dokumentation und der Spuren *während der Frist gemäss Art. 103 StPO, mindestens aber während 7 Jahren.*»

Strafverfahren geltenden Aktenaufbewahrungsdauer (Art. 103 StPO) zu orientieren. **Anthro-social**, **ARTISET** und **SZBLIND** erscheint es wichtig, die Aufbewahrungsfrist angemessen auszugestalten.

5.6 Art. 14a Abs. 2

Kantone

AG, **BS**, **BL**, **TI** und **ZH** begrüssen es, dass die Bestimmung die Autonomie der Kantone wahrt und es den Kantonen überlässt, ein geeignetes Modell für die medizinische und rechtsmedizinische Betreuung zu wählen. **NW** hält es für fraglich, ob für den Zugang zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen eine spezialisierte Stelle notwendig ist und erachtet es als ausreichend, wenn Opfer sich an Stellen (wie öffentliche Spitäler) wenden können, welche diese Leistungen anbieten.

16 Kantone⁴⁹ halten den Begriff «spezialisierte Stelle» für unzureichend und zu eng gefasst. Die meisten von ihnen⁵⁰ befürworten eine Umformulierung des Wortlauts nach dem Vorschlag der SODK: «Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben.» **AI**⁵¹, **BS**⁵² und **ZH**⁵³ schlagen davon abweichende Formulierungen vor.

Angeichts des Fachkräftemangels beantragt **BE**, eine Beschränkung des Angebots der spezialisierten Stellen auf den Personenkreis der Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt zu prüfen. Auch **GL** äussert Bedenken bezüglich der Umsetzung und fordert Rücksicht auf die Kostenentwicklung im Gesundheitssystem.

Parteien

Nach Ansicht der **Mitte** soll die Bestimmung so formuliert werden, dass eine Umsetzung auch für kleinere Kantone möglich ist. Gemäss **SVP** müssen die Kantone ausreichend Spielraum haben, um ihrer Organisation im Gesundheitsbereich Rechnung zu tragen.

Die **SP** begrüsst es, dass die Kantone eine spezialisierte Stelle vorsehen müssen. Dabei handle es sich um eine Minimalvorgabe, die den Kantonen ausreichend Spielraum in der Umsetzung lasse, einschliesslich der Möglichkeit, weitere Akteure im Bereich der Opferhilfe zu schaffen. Wichtig sei, dass diese Stellen über speziell ausgebildete Gesundheitsfachpersonen verfügen.

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Die **SKG**, die **SKHG** und **Pink Cross** begrüssen ausdrücklich die Verpflichtung der Kantone, den Zugang zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen zu gewährleisten. Dieser Ansicht ist auch die **SODK**. Für sie bringt jedoch der Begriff «eine spezialisierte Stelle» nur unzureichend zum Ausdruck, dass die Kantone ein geeignetes Modell für die medizinische

⁴⁹ AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, JU, LU, OW, SZ, TG, UR, VD, ZG, ZH

⁵⁰ AG, AR, BL, FR, JU, LU, OW, SZ, TG, UR, VD, ZG

⁵¹ «Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu den Leistungen gemäss Art. 14a Abs. 1 haben.»

⁵² «Die Kantone stellen den Zugang zu spezialisierten Leistungen für die Opfer im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe sicher.»

⁵³ «Die Kantone sorgen dafür, dass die Opfer Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben.»

und rechtsmedizinische Betreuung wählen können. Folglich schlägt sie folgende Umformulierung vor: *«Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben.»* Die Mehrheit der Organisationen⁵⁴ unterstützt den Wortlaut der **SODK**, da er klarer sei. Hingegen halten **Anthrosocial**, **ARTISET** und **SZBLIND** den Begriff «spezialisierte Stellen» für zentral. Die **SKG** ist der Meinung, dass der Begriff «spezialisierte Stellen» gewisse Mindestanforderungen verlangt, welche beispielsweise Notfalldienste nicht zu erfüllen vermögen.

Eine Mehrheit der Organisationen⁵⁵ ist der Ansicht, dass die Umsetzung der Teilrevision einen intersektionalen Ansatz verfolgen muss, insbesondere was den Zugang zu spezialisierten Stellen betrifft.

Für verschiedene Organisationen⁵⁶ ist wichtig, dass entsprechende Anlaufstellen für alle jederzeit und kostenlos zur Verfügung stehen. Die entsprechenden Mittel sowie das ausgebildete Personal sind bereitzustellen.⁵⁷ Die spezialisierten Stellen müssen zudem den spezifischen Bedürfnissen gewisser Opfergruppen wie Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter (**FIZ**) und LGBTIQ-Personen (**LOS** und **Pink Cross**⁵⁸) Rechnung tragen. Das Personal dieser spezialisierten Stellen muss zu den Themen sexuelle und reproduktive Gesundheit (**Sexuelle Gesundheit Schweiz**), Umgang mit vulnerablen Personengruppen wie Menschen mit Behinderungen (**insieme** und **SZBLIND**), Kinder, Jugendliche und Betagte (**SZBLIND**) sowie Trauma, häusliche und sexuelle Gewalt und Mehrfachdiskriminierung (**CSP Vaud** und **FIZ**) geschult sein.

Angeichts der finanziellen Herausforderungen und dem Fachkräftemangel in den Spitälern erachtet **H+** es als zwingend, dass die Finanzierung zur Einrichtung dieser qualifizierten Stellen klar geregelt wird. **H+** fordert daher, dass der Staat die ungedeckten Kosten für jegliche Massnahmen und Pflichten vollumfänglich übernimmt, welche er den Spitälern, Kliniken und weiteren Institutionen auferlegen sollte.

Die **EKF** und **femmes protestantes** halten es für fraglich, ob eine Verbesserung im Bereich des Zugangs zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen im Rahmen der bestehenden Strukturen möglich ist. Sie befürworten deshalb die Schaffung zentral gelegener Krisenzentren. Auch **alliance F** und **Franxini – Reatch** sprechen sich für die Errichtung gut erreichbarer Krisenzentren aus, die die Hilfeleistungen für die Opfer unter einem Dach vereinen. **alliance F** erachtet dabei die ausreichende Schulung der medizinischen Fachpersonen und die professionelle Unterstützung in psychischen Ausnahmesituationen als besonders zentral.

⁵⁴ Associazione Consultorio delle Donne Lugano, BIF, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, Solidarité femmes Biel/Bienne, Unterschulpf

⁵⁵ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, Frauen für den Frieden Schweiz, FIZ, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschulpf

⁵⁶ Anthrosocial, ARTISET, AvenirSocial, EKKJ, FIZ, Frieda, insieme, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SZBLIND, wobei Anthrosocial und ARTISET folgende Formulierung vorschlagen: «Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Opfer an eine spezialisierte, umfassend barrierefreie Stelle wenden können.» sowie SZBLIND (und sinngemäss auch insieme) wie folgt: «Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Opfer an eine spezialisierte, umfassend barrierefreie und zugängliche Stelle wenden können.»

⁵⁷ Betreffend die Schulung des Fachpersonals, siehe auch die Stellungnahmen der SKG und von Franxini – Reatch.

⁵⁸ Pink Cross schlägt folgende Formulierung vor: «Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Opfer an eine spezialisierte Stelle, die auf die besonderen Bedürfnisse verschiedener Opfergruppen sensibilisiert ist, wenden können.»

6 Weitere Bemerkungen zum Vorentwurf

6.1 Gesetzesvorschläge

6.1.1 Schutz- und Notunterkünfte

Kantone

19 Kantone⁵⁹ sind der Meinung, dass auch der Zugang zu den Schutz- und Notunterkünften geregelt werden müsste. Die Mehrheit der Kantone⁶⁰ beantragt folgende Ergänzung von Artikel 14 Absatz 1 OHG: «Die Beratungsstellen besorgen dem Opfer oder seinen Angehörigen bei Bedarf eine *Schutz-* oder Notunterkunft.» Ausserdem soll ein neuer Artikel 14b mit folgendem Wortlaut aufgenommen werden: «*Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sowie zu Angeboten an Anschlusslösungen haben.*» Auch **ZH** schlägt einen neuen Artikel 14b aber mit folgendem Wortlaut vor: «*Die Kantone sorgen für ein ausreichendes Angebot an Not- und Schutzunterkünften sowie ein den Bedürfnissen der Opfer entsprechendes Angebot an Anschlusslösungen für gewaltbetroffene Menschen.*» **VD** unterstützt lediglich den Vorschlag, Artikel 14 Absatz 1 OHG zu ergänzen. **GE** und **VS** sind der Meinung, dass ein neuer Artikel aufgenommen werden sollte. **GE** schlägt einen Artikel vor, gemäss welchem die Kantone dafür sorgen, dass Opfer Zugang zu Notunterkünften und Anschlusslösungen haben. **VS** schlägt eine Bestimmung vor, wonach die Kantone dafür sorgen, dass Opfer Zugang zu Notunterkünften erhalten. **NW** begrüsst eine Ergänzung von Artikel 14 Absatz 1 OHG sowie die Einführung eines Artikels 14b, jedoch ohne konkreten Formulierungsvorschlag.

Parteien

Die **EVP**, die **SP** und die **GRÜNEN** sind der Ansicht, dass das Thema Schutz- und Notunterkünfte in die Vorlage aufgenommen werden sollte. Gemäss der **SP** sollen die Kantone im Gesetz dazu verpflichtet werden, genug Plätze in Schutz- und Notunterkünften bereitzustellen. Für die **EVP** ist die Situation derzeit unbefriedigend; sie hält es für unabdingbar, dass die Kantone ein ausreichendes Angebot an Schutzunterkünften gewährleisten.

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Nach einer Mehrheit der Organisationen⁶¹ sollen die Kantone dazu verpflichtet werden, Schutz- und Notunterkünfte sowie Anschlusslösungen zur Verfügung zu stellen. Eine im Auftrag der SODK erstellte Studie vom 8. November 2024 zeige deutlich auf, dass das Angebot zurzeit regional und kantonal sehr unterschiedlich ausfällt. Daher schlägt die SODK in ihrer Stellungnahme folgende Ergänzung von Artikel 14 Absatz 1 OHG vor: «Die Beratungsstellen besorgen dem Opfer oder seinen Angehörigen bei Bedarf eine *Schutz- oder Notunterkunft.*» Ausserdem soll ein neuer Artikel 14b mit folgendem Wortlaut aufgenommen werden: «*Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sowie zu Angeboten an Anschlusslösungen haben.*» Diese Anpassungen würden es der Schweiz erlauben, die Anforderungen der Istanbul-Konvention zu erfüllen.

⁵⁹ AG, AI, AR, BL, BS, FR, GE, JU, LU, NE, NW, OW, SZ, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

⁶⁰ AG, AI, AR, BL, FR, LU, NE, OW, SZ, TI, UR, sowie BS, JU und ZG mit kleineren redaktionellen Anpassungen.

⁶¹ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, BIF, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, FEG, Frauen für den Frieden Schweiz, FIZ, Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frauen-Nottelefon Winterthur, Frieda, IAMANEH, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, SKHG, SODK, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschulpf

Frauen-Nottelefon Winterthur, BIF und Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH schlagen eine leicht davon abweichende Formulierung vor (*«Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu Schutz- und Notunterkünften in ausreichender Zahl sowie zu Angeboten an Anschlusslösungen haben.»*).

6.1.2 Anzeigepflicht für das medizinische Personal

Kantone

AR kann die Ausführungen im erläuternden Bericht, dass die Anzeigepflicht für das medizinische Personal in die Zuständigkeit der Kantone fällt, nicht nachvollziehen und würde eine nationale Lösung befürworten.

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Die Mehrheit der Organisationen⁶² hat die Problematik der Anzeigepflicht nach kantonalem Recht aufgegriffen. Aus ihrer Sicht stellt diese Pflicht die Möglichkeit des Opfers in Frage, selbst zu entscheiden, ob es die erlittene Straftat anzeigen möchte. Von den Organisationen, die sich zu dem Thema geäußert haben, sind die meisten⁶³ der Meinung, dass dem Bund eine diesbezügliche Verantwortung zukommt. So soll er einerseits die Schweigepflicht auch auf Dritte ausdehnen, die Opferhilfe leisten, und andererseits die Anzeigepflicht nach Artikel 11 Absatz 3 OHG einschränken. Gemäss **Anthrosocial**, **ARTISET** und **SZBLIND** könnte Artikel 11 OHG insofern ergänzt werden, dass die Kantone dazu verpflichtet werden, in diesem Bereich gesetzgeberisch tätig zu werden. **IKAGO** schlägt vor, Artikel 8a OHG wie folgt umzuformulieren: *«Personen, die in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit erfahren, dass eine Person Opfer einer strafbaren Handlung wurde, unterliegen keiner Anzeigepflicht. Die Anzeigepflicht der Strafbehörden gemäss Art. 302 Abs. 1 StPO bleibt vorbehalten.»*

6.1.3 Subsidiaritätsprinzip

BS weist darauf hin, dass der Grundsatz der Subsidiarität der Opferhilfe bei Opfern von häuslicher und sexueller Gewalt differenziert auszulegen ist. Es sei darauf zu achten, dass Abklärungen zum Leistungsanspruch durch Sozialversicherungen das Opfer nicht übermässig belasten oder Retraumatisierungen verursachen. Vorgeschlagen wird die Ergänzung von Artikel 4 Absatz 1 mit folgendem Satz: *«Bei der Prüfung der Leistungsansprüche wird die besondere Vulnerabilität des Opfers berücksichtigt.»* **GR** weist auf die Problematik von Abklärungen durch Sozialversicherungen wie fehlende Anonymität oder möglicher Einbezug der Tatperson hin und fordert deshalb explizit eine Ausnahme der rechtsmedizinischen Leistungen vom Subsidiaritätsprinzip. Artikel 4 Absatz 1 OHG solle demnach wie folgt ergänzt werden: *«Ausgenommen vom Subsidiaritätsprinzip sind rechtsmedizinische Leistungen.»*

⁶² alliance F, Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, DJS, EKF, FEG, femmes protestantes, Frauen für den Frieden Schweiz, FIZ, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, IKAGO, insieme, LibElle, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SKF, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschupf

⁶³ Anthrosocial, ARTISET, Associazione Consultorio delle Donne Lugano, Brava, Centre d'accueil MalleyPrairie, CSP Vaud, DAO, FEG, FIZ, Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenhaus AG-SO, Frauenhaus beider Basel, Frauenhaus freiburg, Frauenhaus LU, Frauenhaus Winterthur, Frauenhaus ZH, Frauenhaus ZH Oberland, Frieda, IAMANEH, insieme, DJS, LibElle, SKF, Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz, Opferhilfe beider Basel, Opferhilfe Bern, Opferhilfe SG – AR – AI, post Beijing, Puntozero, Sexuelle Gesundheit Schweiz, Solidarité femmes Biel/Bienne, SZBLIND, Unterschupf

6.2 Weitere allgemeine Bemerkungen

Kantone

GE bedauert, dass die Teilrevision nicht auf den Zugang zur Opferhilfe oder den Zugang zur Justiz für Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus eingeht.

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Aus Sicht von **alliance F** wird die langfristige Betreuung der Opfer zu wenig berücksichtigt. **femmes protestantes** empfiehlt, das psychosoziale Unterstützungsangebot auszubauen, um die Begleitung der Opfer während eines Strafverfahrens zu verbessern. **AvenirSocial** und **EKKJ** erachten es als zentral, dass ein schweizweites Monitoring erstellt wird, um die Qualität und die Wirksamkeit der Massnahmen sicherzustellen. **post Beijing** erachtet den Einsatz von «Gender Budgeting» als essenziell, um sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Teilrevision geschlechtergerecht verteilt und dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Die Vereinigung **VASOS** bedauert es ausdrücklich, dass Gewalt im Alter nicht angesprochen wird. Aus ihrer Sicht braucht es gezielte Strategien und konkrete Massnahmen, die gesetzlich zu verankern sind.

7 Weitere Themen, die nicht im Vorentwurf enthalten sind

7.1 Gesetzesvorschläge

Kantone

8 Kantone⁶⁴ möchten im Gesetz präzisieren, dass eine Kostengutsprache für juristische Hilfe subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege ist. Dieser Antrag folgt auf eine geänderte Rechtsprechung des Bundesgerichts⁶⁵, die zur Folge haben könnte, dass das Opfer einen Teil der Honorarforderungen übernehmen muss, die nicht von der Opferhilfe gedeckt sind.

LU, SZ, UR und **ZG** beantragen, Artikel 4 Absatz 1 OHG wie folgt zu ergänzen: «Leistungen der Opferhilfe werden nur endgültig gewährt, wenn der Täter oder die Täterin oder eine andere verpflichtete Person oder Institution keine oder keine genügende Leistung erbringt. Sie sind insbesondere subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege.» **ZH** schlägt vor, einen neuen Artikel 4 Absatz 1^{bis} OHG einzuführen, mit folgendem Wortlaut: «Der Anspruch auf Übernahme von Anwaltskosten durch die Opferhilfe ist subsidiär zum Institut der unentgeltlichen Rechtsvertretung.» **VS** beantragt die Schaffung eines neuen Artikels 14b OHG, mit folgendem Wortlaut (Übersetzung):

Art. 14b Anwaltskosten

¹ Die Unterstützung durch die Opferhilfe ist subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege.

² Erfolgt eine Kostenübernahme durch die Opferhilfe, werden die Anwaltskosten nach dem Tarif der unentgeltlichen Rechtspflege berechnet.

³ Die Anwältin oder der Anwalt kann vom Opfer oder seinen Angehörigen für die von der Beratungsstelle anerkannten Leistungen keine Zahlung eines Zuschlags verlangen, vorbehaltlich der Fälle einer anteilmässigen Kostenübernahme im Sinne von Artikel 16 Buchstabe b.

⁶⁴ LU, NW, SZ, TI, UR, VS, ZG, ZH

⁶⁵ Siehe BGE 149 II 246: Ein Opfer, das Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege hat, diesen aber im Strafverfahren nicht geltend macht, kann auch nachträglich noch bei der Opferberatungsstelle den Antrag auf Übernahme der Anwaltskosten stellen.

ZH verlangt die Aufhebung des gesetzlichen Mindestbetrags für eine Entschädigung (CHF 500), um den Bedürfnissen von finanziell schlecht gestellten Personen Rechnung zu tragen. Artikel 20 Absatz 3 OHG soll demnach neu folgendermassen lauten: «*Die Entschädigung beträgt höchstens 120 000 Franken.*»⁶⁶

ZH beantragt zudem, Artikel 1 Absatz 2 der Opferhilfeverordnung (OHV)⁶⁷ mit einem neuen Buchstaben d zu ergänzen: «*Bei Ehegatten ohne Anspruch auf Ergänzungsleistungen wird das Erwerbseinkommen zu zwei Dritteln angerechnet.*» Dies würde die Auswirkungen auf die Opferhilfe nach dem geänderten Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG)⁶⁸, in Kraft seit dem 1. Januar 2021, berücksichtigen. Sollte aufgrund der Vorlage eine Anpassung der OHV notwendig sein, sollten aus Sicht von **BE** auch die Bestimmungen zu den anrechenbaren Einnahmen überprüft werden.

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

Frauen-Nottelefon Winterthur und **Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH** ersuchen um eine Präzisierung von Artikel 10 Absatz 1 OHG, mit dem Ziel, die Praxis bei der Akteneinsicht, insbesondere im Zusammenhang mit der Verhängung von Gewaltschutzmassnahmen, zu vereinheitlichen. Sie schlagen folgenden Wortlaut vor: «Die Beratungsstellen können Einsicht nehmen in Akten von Strafverfolgungsbehörden, *hinsichtlich Schutzmassnahmen in Zusammenhang mit Gewalt und* Gerichten aus Verfahren, an denen das Opfer oder seine Angehörigen teilnehmen, sofern diese ihre Zustimmung erteilen.»

Eine Privatperson⁶⁹ wünscht im OHG eine Reglementierung zu den Opfern von Angriffen mit künstlicher Intelligenz.

7.2 Bemerkungen zur Streichung der Finanzhilfen für die Ausbildung

Kantone

7 Kantone (**AI, BE, FR, NE, SH, TI** und **VD**) sprechen sich gegen die im Rahmen des Entlastungspakets 27 vom Bundesrat empfohlene Streichung der Finanzhilfen für die Ausbildung von Fachpersonen (Art. 31 OHG) aus.

Parteien

Aus Sicht der **GRÜNEN** ist es paradox, dass der Bundesrat eine Verbesserung der Opferhilfe beantragt und gleichzeitig mit dem Entlastungspaket 27 die Finanzhilfen für die Ausbildung der Fachpersonen streichen will.

Dachverbände der Wirtschaft, interessierte Organisationen und Private

SODK und **Frauenhaus freiburg** sprechen sich gegen eine Streichung der Ausbildungshilfen aus.

⁶⁶ Es ist zu beachten, dass der Höchstbetrag für die Entschädigung per 1. Januar 2025 an die Teuerung angepasst wurde und neu 130 000 Franken beträgt (AS 2024 163).

⁶⁷ SR 312.51

⁶⁸ SR 831.30

⁶⁹ Gfeller Danièle

8 Einsichtnahme

Gemäss Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005⁷⁰ über das Vernehmlassungsverfahren sind die Vernehmlassungsunterlagen, nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmenden und nach Kenntnisnahme durch den Bundesrat der Ergebnisbericht öffentlich zugänglich. Diese Dokumente sind in elektronischer Form auf der Publikationsplattform des Bundesrechts zugänglich.⁷¹ Ebenfalls auf der erwähnten Seite können die vollständigen Stellungnahmen eingesehen werden (Art. 16 der Vernehmlassungsverordnung vom 17. August 2005⁷²).

⁷⁰ SR 172.061

⁷¹ [www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2024 > EJPD > Vernehmlassung 2024/38,](https://www.admin.ch/bundesrecht/vernehmlassungen/abgeschlossene-vernehmlassungen/2024/ejpd-vernehmlassung-2024/38)
https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2024/38/cons_1

⁷² SR 172.061.1

Verzeichnis der Eingaben**Liste des organismes ayant répondu****Elenco dei partecipanti****Kantone / Cantons / Cantoni**

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.-Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

Parteien / Partis politiques / Partiti politici

-	Die Mitte Le Centre Alleanza del Centro Allianza dal Center
EVP PEV PEV	Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV

FDP PLR PLR	FDP.Die Liberalen PLR.Les Libéraux-Radicaux PLR.I Liberali Radicali
GRÜNE Les VERT-E-S I VERDI	GRÜNE Schweiz Les VERT-E-S suisses I VERDI svizzera
SP PS PS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP Parti socialiste suisse PS Partito socialista svizzero PS
SVP UDC UDC	Schweizerische Volkspartei SVP Union démocratique du centre UDC Unione democratica di centro UDC

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna

-	Schweizerischer Gemeindeverband Association des Communes Suisses Associazione dei Comuni Svizzeri Associazion de las Vischnancas Svizras
---	---

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dell'economia

SGB USS	Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB Union syndicale suisse USS
-	Schweizerischer Arbeitgeberverband Union Patronale Suisse Unione svizzera degli imprenditori

Interessierte Organisationen / Organisations intéressées / Organizzazioni interessate

alliance F	alliance F, Bund Schweizerischer Frauenorganisationen alliance F, Alliance de sociétés féminines suisses alliance F, Alleanza delle società femminili svizzere
Anthrosocial	Anthrosocial, Verband für anthroposophische Heilpädagogik, Sozialpädagogik und Sozialpsychiatrie Schweiz Anthrosocial, Association suisse pour la pédagogie spécialisée et l'éducation sociale d'orientation anthroposophique
ARTISET	ARTISET – Föderation der Dienstleister für Menschen mit Unterstützungsbedarf ARTISET Fédération des prestataires de services pour personnes ayant besoin de soutien ARTISET – Federazione dei fornitori di servizi per persone con bisogni di assistenza
-	Associazione Consultorio delle Donne Lugano
AvenirSocial	Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz Association professionnelle Suisse du travail social Associazione professionale lavoro sociale Svizzera Associazion professiunala svizra de la lavur sociala

Frauen-Nottelefon Winterthur	Beratungsstelle Frauen-Nottelefon Winterthur
BIF	BIF Beratungsstelle für Frauen gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft
-	Brava
-	Centre d'accueil MalleyPrairie
CSP Vaud	Centre social protestant Vaud
DAO	Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein Fédération Solidarité femmes de Suisse et du Liechtenstein Organizzazione mantello delle case protette per donne della Svizzera e del Liechtenstein Organisaziun tetgala da las chasas da dunnas da la Svizra e dal Liechtenstein
DJS JDS GDS	Demokratische Jurist*innen Schweiz (DJS) Juristes Démocrates de Suisse (JDS) Giurist* Democratiche*i della Svizzera (GDS)
EKF CFQF CFQF	Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF Commission fédérale pour les questions féminines CFQF Commissione federale per le questioni femminili CFQF
EKKJ CFEJ CFIG	Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse CFEJ Commissione federale per l'infanzia e la gioventù CFIG
FEG	Fondation pour l'égalité de genre
-	femmes protestantes
FIZ	FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ Centre d'assistance aux migrantes et aux victimes de la traite des femmes Servizio specializzato in materia di tratta e migrazione delle donne (FIZ)
Franxini – Reatch	Das Franxini-Projekt - Reatch! Research. Think. Change. Le projet Franxini - Reatch! Research. Think. Change.
-	Frauen für den Frieden Schweiz Femmes pour la Paix Suisse Donne per la Pace Svizzera
Frauenberatung sexuelle Gewalt ZH	Beratungsstelle Frauenberatung sexuelle Gewalt Zürich
Frauenhaus beider Basel	Stiftung Frauenhaus beider Basel
Frauenhaus AG-SO	Frauenhaus Aargau-Solothurn
Frauenhaus LU	Frauenhaus Luzern und Bildungsstelle Häusliche Gewalt
-	Frauenhaus Winterthur
Frauenhaus ZH	Stiftung Frauenhaus Zürich
Frauenhaus ZH Oberland	Frauenhaus und Beratungsstelle Zürcher Oberland

Frieda	Frieda – die feministische Friedensorganisation Frieda – L'ONG féministe pour la Paix
H+	H+ Die Spitäler der Schweiz H+ Les Hôpitaux de Suisse H+ Gli Ospedali Svizzeri
IAMANEH	IAMANEH Schweiz IAMANEH Suisse
IKAGO	Interkantonale Arbeitsgemeinschaft der Geschädigten- und Opfer- vertretung (IKAGO)
insieme	insieme Schweiz insieme Suisse insieme Svizzera
KKJPD CCDJP CDDGP	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police CCDJP Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia et polizia CDDGP
LibElle	LibElle Wohnen auf Zeit für Frauen mit und ohne Kinder
LOS	Lesbenorganisation Schweiz Organisation suisse des lesbiennes Organizzazione svizzera delle lesbiche
-	Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz Réseau suisse contre l'excision Rete svizzera contro le mutilazioni genitali femminili
Opferhilfe beider Ba- sel	Opferhilfe beider Basel, Die Beratungsstelle für Gewaltbetroffene
Opferhilfe Bern	Opferhilfe Bern, Beratungsstellen Opferhilfe Bern und Biel LAVI Berne, Centres de consultation LAVI Berne et Bienne
-	Opferhilfe SG – AR – AI
Pink Cross	Schweizer Dachverband der schwulen und bi Männer* Fédération suisse des hommes* gais et bi Federazione svizzera degli uomini* gay e bi Federaziun svizra dals umens* gay e bi
post Beijing	NGO-Koordination post Beijing Schweiz Coordination post Beijing des ONG Suisses Coordinazione post Beijing delle ONG Svizzere Coordinaziun post Beijing dallas ONG Svizras
Puntozero	Association Puntozero Associazione Puntozero
SGCH SSCH SSCH	Sexuelle Gesundheit Schweiz SGCH Santé sexuelle Suisse SSCH Salute sessuale Svizzera SSCH
SKF LSFC	Schweizerischer Katholischer Frauenbund Ligue suisse des femmes catholiques Unione svizzera delle donne cattoliche

SKG CSDE CSP	Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten SKG Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité CSDE Conferenza svizzera delle-i delegate-i alla parità CSP
SKHG CSVD CSVD	Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewal (SKHG) Conférence Suisse contre la violence domestique (CSVD) Conferenza Svizzera contro la Violenza Domestica (CSVD)
SODK CDAS CDOS	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali (CDOS)
Solidarité femmes Biel/Bienne	Solidarité femmes Biel/Bienne & Region, Frauenhaus und Beratungsstelle Solidarité femmes Biel/Bienne & Région, Maison d'accueil et centre de consultation
-	Frauenhaus freiburg Solidarité femmes fribourg
-	Solidarité femmes Neuchâtel
SVF-ADF ADF-SVF	Schweizerischer Verband für Frauenrechte svf Association Suisse pour les droits des femmes adf
SZBLIND UCBAAVEUGLES UCBCIECHI	Schweizerischer Zentralverein für das Blindenwesen Union centrale suisse pour le bien des aveugles Unione centrale svizzera per il bene dei ciechi
Unterschlupf	Unterschlupf, Beratung - Beherbergung
VASOS FARES	Vereinigung aktiver Senior:innen- und Selbsthilfeorganisationen der Schweiz (VASOS) Fédération des Associations des retraité·e·s et de l'entraide en Suisse (FARES) Federazione associazioni pensionate:ti e d'autoaiuto in Svizzera

Private / Particuliers / Privati

	Hofner Marie-Claude (Dr)
	Gfeller Danièle

Verzicht auf Stellungnahme / Renonciation à une prise de position / Rinuncia a un parere

Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associazion de las Vischnancas Svizras

Schweizerischer Arbeitgeberverband
Union Patronale Suisse
Unione svizzera degli imprenditori

Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen
und -direktoren KKJPD

Conférence des directrices et directeurs des départements
cantonaux de justice et police CCDJP

Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali
di giustizia et polizia CDDGP